Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Ging.-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 40 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunftserteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufgr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 245. | Samstag den 19. Oktober 1929. | 87. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Von einer Berliner Zeitung wurde berichtet, daß die württembergische Regierung sich geweigert habe, den Aufruf der Reichsregierung gegen das Volksbegehren anschlagen zu lassen, was die württembergischen Oppositionsparteien veranlaßte, dagegen zu agitieren. Gewiß sind in der württembergischen Regierung bei ihrer derzeitigen Zusammensetzung die Ansichten über das Volksbegehren heftig geteilt, die zwei Zentrumsminister sind dagegen, die beiden deutschnationalen Minister dafür. Es handelt sich aber, wie sich herausstellte, gar nicht um einen amtlichen Aufruf der Reichsregierung, sondern um einen ganz privaten Aufruf von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, aus Politik und Wirtschaft, darunter allerdings auch sämtliche Reichsminister und viele Länderminister. Der Aufruf wird von der Reichszentrale für Heimatdienst in den einzelnen Ländern verbreitet, wobei diese jeweils die Mitwirkung der Landesbehörden nachsucht. Die württembergische Regierung hat, da es in Württemberg nicht üblich ist, den Behördenapparat für politische Zwecke zu benützen, die Mitwirkung der württembergischen Landesbehörden abgelehnt und es der Reichszentrale für Heimatdienst anheimgegeben, das Plakat mit dem Aufruf selbst zu verbreiten und anschlagen zu lassen. Die Opposition nahm es nun besonders übel, daß unter dem Aufruf kein Name eines württembergischen Minister, auch nicht der württembergischen Zentrumsminister, steht. Die Aufklärung war ganz einfach. Justizminister Dr. Beyerle wurde zur Unterzeichnung nicht aufgefordert und Staatspräsident Dr. Bolz hat die Unterzeichnung deshalb abgelehnt, da er nicht persönlich, sondern in seiner Eigenschaft als präsidierendes Mitglied der württembergischen Staatsregierung zur Unterzeichnung aufgefordert wurde. In amtlicher Eigenschaft kann Staatspräsident Dr. Bolz aber nicht rein persönlich handeln, sondern hat die Auffassung der Gesamtregierung zu vertreten. Wie diese Auffassung der Gesamtregierung ist, wird sich zeigen, wenn die Regierung die sozialdemokratische Interpellation über ihre Stellung zum Youngplan beantworten wird. Die Gelegenheit dazu ist bald gegeben, da der württembergische Landtag ja schon in der nächsten Woche zusammentreten wird.

In dieser Woche hat die Eintragungsfrist für das Volksbegehren gegen den Young-Plan, die auf die Zeit vom 16. bis 25. Oktober festgesetzt worden ist, begonnen. Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie dem Volksbegehren die verfassungsmäßigen Garantien nicht vorenthalten wolle, aber das Volksbegehren sachlich mit allen zulässigen Mitteln bekämpfen werde. Sie hat diesen Kampf auch durch Veröffentlichungen in der Presse und durch Rundfunkvorträge energisch aufgenommen. Dazu kam noch der Aufruf von Politikern des öffentlichen Lebens, den auch sämtliche Reichsminister unterzeichnet haben. Die Auflösung der rheinisch-westfälischen Stahlhelmgruppen durch die preußische Regierung, die eine sogenannte Geländeübung des Stahlhelms als ein militärisch aufgezogenes Manöver betrachtet und sich deshalb gemäß dem Friedensvertrag zur Auflösung verpflichtet fühlt, steht nach den Verlautbarungen der preußischen Regierung mit der Abwehr des Volksbegehrens in keinem Zusammenhang.

Die Lücke, die der Tod Stresemanns gerissen hat, ist schwer auszufüllen. Sie entstand nicht nur für die Außenpolitik, sondern auch für die Innenpolitik. Gerade in der Innenpolitik wird Stresemanns glättende Hand schwer vermißt werden. Mit Mißvergnügen wurde von den Parteien bemerkt, daß Reichskanzler Müller aus eigener Initiative, ohne andere Faktoren zu befragen, dem Reichspräsidenten vorgeschlagen hat, den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Außenministeriums zu betrauen und der Reichspräsident diesem Vorschlag gefolgt ist. Für die endgültige Ernennung ist von Zentrums- wie von sozialdemokratischer Seite der Anspruch erhoben worden, daß die an der Regierung beteiligten Parteien zu Rate gezogen werden.

Deutschland.

Vorstandssitzung des Württ. Städtetags.

Stuttgart, 17. Okt. In der kürzlich abgehaltenen Sitzung des Vorstands des Württ. Städtetags gedachte der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, der beiden infolge Zuruhesetzung in der letzten Zeit aus dem Kollegium ausgeschiedenen Mitglieder, nämlich des Oberbürgermeisters Dr. v. Müllberger-Eßlingen, der mehr als 30 Jahre, und des Oberbürgermeisters Harrer-Geislingen, der 10 Jahre lang dem Vorstand angehörte. Er sprach den beiden Herren den aufrichtigen Dank für ihre im Interesse der Städte geleistete erfolgreiche Arbeit aus. Zum zweiten Vorsitzenden des Städtetags wurde sodann anstelle von Oberbürgermeister Dr. v. Müllberger Oberbürgermeister Dr. Schwammberger-Ulm gewählt. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete der vom Württ. Kultministerium aufgestellte Entwurf eines neuen Landesschulgesetzes. In dem eingehenden Referat von Oberbürgermeister Dr. Schwammberger und dem von Rechtsrat Dr. Frank erstatteten Korreferat wurde mit Genugtuung festgestellt, daß das Ministerium manche von dem Städtetag schon in einem früheren Stadium des Entwurfs geäußerten Verbesserungswünsche berücksichtigt hat, daß der Entwurf da und dort auch eine Vereinfachung bringt, sodaß man unter der Voraussetzung einer befriedigenden Regelung der Schullastenverteilung das baldige Erscheinen des neuen Gesetzes nur begrüßen könne, daß aber doch noch zahlreiche Forderungen und Wünsche übrig bleiben, auf deren Erfüllung die Städte unmöglich verzichten können. So sollte, um einiges herauszugreifen, das Vorschlagsrecht der Gemeinden bei der Bestellung der Lehrer an den Fach- und Berufsschulen aufrecht erhalten werden und eine Zurücknahme der Anerkennung von Schulen als öffentliche Schulen nur mit Zustimmung der Gemeinden zulässig sein. Unmöglich ist die Absicht des Entwurfs, die Schullastenregelung jährlich durch das Finanzgesetz zu treffen. An den Kosten der Lernmittelfreiheit sollte sich der Staat mit der Hälfte beteiligen. Das in dem Entwurf stark ausgeprägte Bestreben, den Gesetzgeber auszuschalten und möglichst viel dem Verordnungsrecht des Kultministeriums zu überlassen, sowie an die Stelle richterlicher Entscheidung das billige Ermessen der Schulbehörden zu setzen, muß bekämpft werden. Der Vorstand beschloß einstimmig, seine Bedenken, Forderungen und Wünsche zu dem Entwurf mit eingehender Begründung der Regierung vorzulegen. Gegen die Bestrebungen, die Ausbildung der mittleren Bautechniker in Württemberg zu spezialisieren und besondere Lehrgänge für Hoch- und für Tiefbautechnik einzurichten, spricht sich der Vorstand namentlich nur deswillen aus, weil dann nicht wenige kleinere Städte genötigt wären, zwei Ortsbautechniker anzustellen, einen für Hoch- und einen für Tiefbau. Er ist der Ansicht, daß die vielfach gewünschte umfassendere Ausbildung im Tiefbau sich durch besondere Kurse in diesem Fach erreichen lasse. Die Frage, ob es angezeigt sei, die Richtsätze für die Unterstützung Ortsfürsorgebedürftiger zu erhöhen, verneint er im Hinblick auf die Entwicklung der Lebensmittelpreise in den letzten Monaten und auf die Finanzlage der Städte.

Ein Kreuzweg, aber kein Irrweg.

Der Vorsitzende der deutschen Zentrumspartei, Professor Dr. Kaas, sprach in einer Versammlung in Dortmund. Dr. Kaas wiederholte den bekannten Standpunkt des Zentrums, daß eine endgültige und verantwortliche Stellungnahme zum Youngplan und seinen Auswirkungen noch nicht in Frage kommen könne. Dr. Kaas beklagte das Schneckentempo der Verständigungsbereitschaft auf der Gegenseite. Der sachliche Inhalt und das Tempo der Erledigung der Saarabmachungen wird von wesentlichem Einfluß auf die Weiterentwicklung der politischen Verhältnisse sein. Uebergehend zu den Fragen, die mit dem Volksbegehren zusammenhängen, bedauert Kaas das Fehlen einer ihrer Verantwortung bewußten, bei aller sachlichen Schärfe die ungeschriebenen Gesetze ritterlichen Kampfes und die Gegebenheiten der Realpolitik respektierenden Opposition. **Ganz anders würden sich die Dinge gestalten, wenn wir eine Rechtsopposition hätten, die mit beiden Füßen auf dem Boden des heutigen republikanischen Staatswesens stände und alle ihre Kräfte einsetzte gegen das forcierte und unorganische Entwicklungstempo, wie es vielen sozialistischen Vertretern des republikanischen Gedankens vorschwebt.** Wie sollen wir zu einer einheitlichen Willenszusammenfassung der gesamten Nation gelangen, wenn die sogenannte nationale Opposition ihren Beruf darin sieht, die ganzen ungeheuren Mühen und Aufbauarbeiten des vergangenen Jahrzehnts hinzustellen als das schmachvolle Ergebnis einer knechtischen Gesinnung. **Ein Kreuzweg ist dieses Jahrzehnt gewesen, aber kein Irrweg.** Statt diejenigen zu schmähen, die in Geduld und Seelengröße den Kreuzweg von Versailles bis zum Haag gegangen sind, sollte man sich fragen, wo Deutschland gelandet wäre, wen es den rein protestlerischen und negativen Parolen derer gefolgt wäre, die uns früher geführt und, wie wir heute wissen, ins Unglück geführt haben. **Es ist eine Irreführung und Vergiftung der öffentlichen Meinung, wenn in diesen Tagen der Versuch gemacht wird, die Stellungnahme zu den Ergebnissen der deutschen Außenpolitik unter dem Gesichtspunkt vaterländischer oder nichtvaterländischer Gesinnung zu sehen.** Der Aufstieg Deutschlands kann sich nicht in frontalem und aggressivem Kampf gegen die Willkürbestimmungen der Friedensverträge vollziehen, sondern nur in geduldiger moralischer Offensive und in stufenweiser Geltendmachung unserer wiedererstarkenden Kräfte für die Erringung eines ausgeglicheneren und gerechteren Friedenszustandes als Versailles uns ihn beschert hat. Dr. Kaas wandte sich zum Schluß gegen die Auffassung, daß man eine Krise des Dawesplanes hätte abwarten sollen und erklärte: **„Der selbständige Unternehmer, der Landwirt, der Mittelstand können keinen Wiederaufstieg mehr erreichen, wenn sie einmal die wirtschaftliche Basis verloren haben.** Diese Schichten würden dauernd Proletarier bleiben und damit die an sich ungeheure soziale Not verschärfen. Hier liegt der große Rechenfehler der Vertreter des Volksbegehrens, wenn sie von einer Daweskrisis als Gesundungskrisis für Wirtschaft und Volk sprechen.

Der Kronzeuge tot!

Berlin, 17. Okt. Oberregierungsrat Topolski, der Tag für Tag die drei Stadtbankdirektoren Schmitt, Hoffmann und Schröder vernimmt und der voraussichtlich noch sehr lange mit diesem Disziplinarverfahren beschäftigt sein wird, ist gegenwärtig an einem der interessantesten Punkte der Untersuchung angekommen. Es drehte sich um die Frage, wer den Auftrag gegeben habe, die Kontrolle der eingereichten Rechnungen zu unterlassen, die die Skiareks als Unterlagen für die Kredite der Stadtbank gegeben haben. Bei den heutigen Vernehmungen hat nun einer der Beteiligten, und zwar der Abteilungsleiter Schröder, die sensationell wirkende Auskunft gegeben, daß nicht er diese Maßnahme eingeführt habe, sondern sein Vorgänger Hirsch, der von der Stadtbank mit der Leitung des Kreditkontrollbüros betraut worden war und in diesem Frühjahr gestorben ist. Unter Hirsch soll die Kontrolle bereits aufgehört haben, und Schröder habe im Sinne seines Vorgängers weitergearbeitet.

Demonstrationszüge in Berlin.

Berlin, 18. Okt. Der Reichshauptstadt steht wieder einmal ein kritischer Sonntag bevor. Die Berliner Nationalsozialisten wollen nämlich im Rahmen der „Hitler-Woche" einen Propagandamarsch veranstalten, der vom Norden nach dem Süden der deutschen Reichshauptstadt durch die Arbeiterviertel führt. Die „Rote Fahne" kündigt an, daß die „faschistischen Horden" am Sonntag in den Arbeiterstraßen Berlins Spießruten laufen werden, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. Auch der Stahlhelm soll für den Sonntag einen großen Werbefeldzug planen. Die Kommunistische Partei ruft zur Gegendemonstration auf, um den faschistischen Provokateuren „heimzuleuchten". Man wird sich danach auf allerhand gefaßt machen müssen.

Ausland.

Paris, 18. Okt. Bei einem Zusammenstoß, der am 14. Oktober südlich von Colomb-Bechar zwischen Eingeborenen und französischen Truppen stattfand, haben die Franzosen starke Verluste erlitten. Auf französischer Seite kämpfte nach dieser Meldung auch eine Abteilung der Fremdenlegion, die in einen Hinterhalt geriet. Die Verluste beziffern sich auf 50 Tote und Verwundete. Nur wenige Kampfteilnehmer sollen mit dem Leben davongekommen sein, und zwar auch nur infolge des Eingreifens einer zu Hilfe gekommenen weiteren Abteilung der Fremdenlegion.

Aus Stadt und Bezirk

Sonntagsgedanken.

Sonntagsstille.

Alles Werktagselend ist nur Weg zum Sonntag.
Fleischlen.

Früher hieß es: Gebt der Seele einen Sonntag! Jetzt heißt es: Gebt dem Sonntag eine Seele. Die Wochentage kommen mir vor wie eine rauchgeschwärzte Kammer, der Sonntag ist das helle Fensterlein, durch das man hineingucken kann in die weite Welt, ja sogar ein wenig in die Ewigkeit hinein.
Rosegger.

Das einzig habe ich bereut: nicht zuweilen Pausen gemacht zu haben; ich wäre den Meinen, mir und den andern mehr gewesen.
Keller.

Neuenbürg, 18. Okt. (Keine alten 50-Pfennigstücke mehr.) Nach einer Mitteilung im Reichsgesetzblatt verlieren mit Wirkung vom 1. Dezember 1929 ab die alten Reichspfennigstücke aus Aluminiumbronze im Wert von 50 Pfg. ihre Gültigkeit. Vom genannten Zeitpunkt an gelten sie nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel und niemand ist mehr zur Zahlungsannahme verpflichtet. Die Geldstücke werden noch bis zum 30. November 1931 bei den Reichs- und Landeskassen zu ihrem Nennwert sowohl in Zahlung als auch in Umwechslung angenommen.

Neuenbürg, 18. Okt. An dem von Ausflüglern gern begangenen Pionier-Weg wird gegenwärtig die vor Jahren abgebrannte Schutzhütte wieder in Stand gesetzt. Hoffen wir, daß die Besucher der Hütte dort kein Feuer mehr machen und dafür Sorge tragen, daß dieselbe in Ordnung gehalten wird.

Haltestelle Engelsbrand, 18. Okt. Einem Mangel hier abzuhelfen, hat die Reichspostverwaltung angeordnet, daß am hiesigen Bahnhofsgebäude ein Briefkasten angebracht wird. Wenn nun die Reichsbahn auch das elektrische Licht in der Bahnanlage und für seine Dienstwohnungen hier eingerichtet, darf man von Fortschritt sprechen.

Württemberg.

Stuttgart, 18. Okt. (Tragisches Ende eines Millionenerben in Stuttgart. — Wer in Württemberg beerbt Sigismund Aschner?) Das Stuttgarter „Neue Tagbl." berichtet folgende, fast romanhaft klingende Geschichte: Durch den Tod eines jungen Deutschamerikaners, der vor kurzer Zeit in seiner Badewanne in einem Stuttgarter Hotel während eines epileptischen Anfalls ertrank, wird das seltsame Testament eines armen schwäbischen Emigranten bekannt, welcher mit 17 Jahren nach „drüben" auswanderte, es in einem arbeitsreichen, zielbewußten Leben zu einem Dollarmillionär brachte und es kurz vor seinem Tode erleben mußte, daß sein einziger Sohn in einer Welle feichten Vergnügens unterzugehen drohte. Um zu verhindern, daß sein großes Vermögen von dem leichtsinnigen jungen Mann verschwendet würde, bestimmte der Vater in seinem Testament, daß sein Nachlaß von der Witwe und einer Versicherungsgesellschaft verwaltet werde, bis der Sohn das „Schwabenalter" erreicht und den Nachweis eines moralischen Lebens und eines legitimen Leibeserben erbracht habe. Der junge Mann, der auf so tragische Weise in dem Stuttgarter Hotel den Tod fand, war der dreißigjährige Robert Randolph Aschner, welcher Mitte August mit der „Bremen" Newyork verlassen hatte, um mit seiner Mutter eine Reise nach der alten Heimat zu unternehmen und dann in Amerika eine Familie zu gründen und einen geregelten Lebenslauf zu ergreifen, wodurch er nach zehn Jahren Anwartschaft auf die väterliche Erbschaft von drei Millionen Dollar gehabt haben würde. Die Leiche wurde vorerst nach Berlin gebracht und soll später in dem Familienbegräbnis in Brooklyn neben dem vor sechs Jahren verstorbenen Vater beigesetzt werden. Durch den Tod des jungen Mannes ist nun die Vorsichtsmaßnahme seines Vaters hinfällig geworden, und das große Vermögen wird jetzt so verteilt werden, als ob Robert Aschner an seinem vierzigsten Lebensjahr die Bedingungen moralischer Reinheit und der legitimen Vaterschaft nicht erfüllt hätte. Die Witwe wird ein Viertel des Nachlasses zur freien Verfügung erhalten, ein zweites Viertel dürfte dem Patensohn des Verstorbenen, Bertie Fink, den der alte Aschner als kranken Zeitungsjungen von der Straße in Newyork auflas, übergeben werden. Die Hälfte des Geldes — etwa sechs Millionen Mark — wird wahrscheinlich unter den entfernteren Verwandten des alten Aschner verteilt werden. Von diesen glücklichen Erben sollen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

sich noch etwa 30 in Württemberg befinden. Der alte Aschner stammte aus der Gegend um Reutlingen. Als er vor etwa 50 Jahren in Newyork landete, hatte er nicht genug Geld, um sich ein Logis zu mieten, so daß er mehrere Nächte unter einer Brücke schlafen mußte. Zuerst wandte er sich dem Tabakhandel zu. Als er hiedurch eine kleine Summe erworben hatte, kaufte er sich Grundbesitz in Brooklyn. Der arme schwäbische Emigrant wuchs mit Newyork. In demselben Maße wie der Grund und Boden im Preis stieg, schwoll auch das Vermögen des weitsichtigen Mannes an, das bei seinem Tode über drei Millionen Dollar betrug und durch kluge Anlage seitdem noch gewachsen ist. Die Witwe Aschners stammte aus Nürnberg, wo sie als Dienstmädchen tätig war. Sie kam ungefähr zur gleichen Zeit nach Amerika und heiratete Aschner, als dieser noch ein armer Tabakhändler war, der in Hoboken die deutschen Seeleute mit Ware versorgte.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 19. Oktbr. Die das Volksbegehren ablehnenden drei großen bürgerlichen Parteien, Deutsche Volkspartei, Deutsche demokratische Partei und Zentrum, hatten auf gestern abend zu einer gemeinsamen Kundgebung ins Sieglehaus geladen und zahlreiche Angehörige dieser Parteien und weitere Männer und Frauen waren der Einladung gefolgt. Auch Abgeordnete der drei Parteien waren anwesend; die Zentrumsminister freilich sah man nicht. Der ganze Ernst des Youngplanes wurde ihnen von dem Hauptredner, dem Reichstagsabgeordneten Bieles, ohne jede Beschönigung vorgeführt, und mit gespannter Aufmerksamkeit folgten sie der klaren sachlichen Gegenüberstellung des Dawesplanes und des Youngplanes und ihrer Auswirkung, aus der sich ergab, daß der Youngplan bei aller Schwere doch vorzuziehen ist. Einmütig bekundeten sie ihre entschiedene Ablehnung des Volksbegehrens.

Stuttgart, 18. Okt. Der Abg. Schneck (Kom.) hat im Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, ob sie die Methoden, die bei der Arbeitnehmerbauhilfsparkasse in Schramberg zur Anwendung gelangen, billige, oder was das Staatsministerium zu tun gedenke, um den Arbeitern behilflich zu sein, damit sie ihre Einlagen zurückbekommen, wenn diese von ihnen dringend benötigt werden.

Reutlingen, 18. Okt. In der gestrigen Gemeinderatssitzung stellte Gemeinderat Stein überraschend den Antrag, daß der Gemeinderat den bekannten Aufruf gegen das Volksbegehren, den die Württ. Regierung zu verbreiten sich geweigert hatte, auf Kosten der Stadt selbst verbreiten lasse. Dieses Verlangen löste eine längere Debatte aus. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Haller, wehrte sich mit aller Energie dagegen, daß im Gemeinderat politische Dinge zur Verhandlung kommen. Dazu seien Land- und Reichstag da, aber nicht ein Gemeinderat, der nur die wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Kommune zu verwalten habe. Die meisten Redner, besonders Gemeinderat Landtagsabg. Roth, hielten das Forum des Gemeinderats gleichfalls für nicht geeignet, sich in diese politischen Dinge einzumischen. Gemeinderat Stein (Soz.) zog schließlich seinen Antrag zurück.

Köln, 18. Okt. Wie von maßgebender städtischer Stelle mitgeteilt wird, sind die bereits mehrfach in der Presse erwähnten Verhandlungen zwischen der Ford Motor Co. A.-G. und verschiedenen deutschen Städten zum Abschluß gekommen. Die Ford Motor Co. A.-G. wird endgültig ihren Sitz und ihren Betrieb nach Köln legen.

Düsseldorf, 18. Okt. Zu der Suspendierung des Regierungsrates Bierbach meldet das „Berliner Tageblatt", daß der preußische Innenminister in den nächsten Tagen den Antrag auf ein förmliches Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Dienstentlassung stellen und gleichzeitig den Regierungsrat Bierbach seines Amtes vorläufig enthoben wird. Dieser Antrag des preußischen Innenministers bedarf der Zustimmung des preußischen Finanzministers. Inzwischen ist Regierungsrat Bierbach bereits von dem Regierungspräsidenten Bergemann seines Dienstes entbunden worden.

Bochum, 18. Okt. Auf Zeche Lothringen wurden die Bergleute Fritze und Karbinski auf dem Wege zum Schacht von hereinbrechenden Gesteinsmassen verschüttet. Erst nach längerer Arbeit gelang es, die Verschütteten zu bergen. Sie hatten aber so schwere Verletzungen erlitten, daß sie bald darauf starben. Auf derselben Schachtanlage verunglückte der Bergmann Joswig dadurch, daß er bei der Bedienung des Stapelkorbes in den Stapelschacht stürzte, wobei er den Tod fand.

Berlin, 18. Okt. Die Gerüchte, daß eine englisch-amerikanische Finanzgruppe dem Reichsfinanzministerium und dem Reichspostministerium angeboten habe, die Reichstelefonverwaltung in eine Monopolregie zu übernehmen, sind völlig aus der Luft gegriffen. Sowohl dem Reichsfinanzministerium wie dem Reichspostministerium sind, wie wir von unterrichteter Seite hören, diese angeblichen Angebote erst durch die Presse bekannt geworden.

Berlin, 18. Okt. Am zweiten Tage der Eintragung für das Volksbegehren sind in Berlin 17650 Stimmen eingetragen gegenüber rund 20000 am ersten Tag. Die Gesamtzahl beträgt jetzt 37650 bei einer Stimmberechtigtenzahl von 3,1 Millionen.

Berlin, 18. Okt. Das Reichskabinett verabschiedete in seiner heutigen, unter dem Vorsitz des Reichskanzlers gehaltenen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik, der unverzüglich dem Reichsrat zugeleitet wird.

Berlin, 18. Okt. Der Polizeipräsident hat auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung für Sonntag den 20. Oktober im Ortspolizeibezirk Berlin alle Umzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten.

Berlin, 18. Okt. Staatsanwalt Weißenberg hat Bürgermeister Schneider gestern abend telegraphisch zu einer Vernehmung vorgeladen. Schneider ist dieser Vorladung gefolgt und heute früh im Kriminalgericht erschienen. Seine Vernehmung dürfte, nach der „B. Z.", wahrscheinlich unter der Anschuldigung der passiven Bestechung erfolgen. Es sei noch nicht zu übersehen, ob es bei diesem Delikt bleiben wird oder ob nicht Mißbrauch der Amtsgewalt und Verbrechen im Amte in Frage kommen. Durch die Einbeziehung Schneiders in den von der Staatsanwaltschaft bis jetzt bearbeiteten Fragenkomplex wird sich die Untersuchung auch auf andere Personen aus dem Freundes- und Gästekreis der Sklarek ausdehnen müssen. Bis jetzt hat die Staatsanwaltschaft sieben Personen in das Strafverfahren eingezogen.

Berlin, 18. Okt. Reichstagsabgeordneter Dr. Quaatz veröffentlicht dem Lokalanzeiger zufolge eine Erklärung zu der Angelegenheit der Rundfunkzwiegespräche, in der es heißt: Es ist unwahr, daß ich eine Unterredung abgelehnt hätte. Wahr ist vielmehr, daß ich trotz der durch nichts begründeten Ablehnung meines Freundes Bang auf seinen Wunsch an seine Stelle trat. Ich bedauere das, da der Leiter des Rundfunks, Herr Professor Schubotz, mir, als ich zur verabredeten Stunde bei ihm erschien, durch den Bürodiener sagen ließ, er sei verreist. Es ist unwahr, daß Herr Professor Schubotz mir einen Vertreter gesandt hätte.

Breslau, 19. Okt. In einem Aufruf stimmt der Vorstand des schlesischen Bauernbundes der Verständigungspolitik der deutschen Republik zu und weist auf die Verbesserungen hin, die der Young-Plan dem Dawes-Plan gegenüber aufweise. Zum Schluß heißt es in dem Aufruf: Jeder Bauer, der nicht in törichter Verblendung den Bemühungen um den Wiederaufstieg des Vaterlandes in den Arm fallen will, muß dem Volksbegehren fernbleiben. Wer es unterschreibt, fördert die Zersetzung und die Versklavung des deutschen Volkes.

Hamburg, 18. Okt. Der Hamburger Landesverband des Stahlhelm hat den deutschvolksparteilichen Bürgerschaftsabgeordneten Rechtsanwalt Dr. H. R. Behn und den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Erich Fenger, ausgeschlossen, weil beide den Aufruf des Landesausschusses der Deutschen Volkspartei gegen das Volksbegehren unterzeichnet haben.

Komotau (Böhmen), 18. Oktober. Bei einer Durchsuchung der Schönherrschen Druckerei in Schmiedeberg, die gestern von der Polizei vorgenommen wurde, fand man halbfertige Staatsbaulose, Klischees und anderes Material, durch das einwandfrei festgestellt wurde, daß sich in der Druckerei eine Fälscherwerkstätte befand. Bisher wurden drei Angestellte der Druckerei verhaftet. Der Besitzer der Druckerei, Josef Schönherr, ist am Tage vor der Hausdurchsuchung mit den Geschäftsbüchern und 7000 Tschechen-Kronen Bargeld über die Grenze geflüchtet. Seine Frau wurde verhaftet.

Bilbao, 18. Okt. In Baracaldo explodierte ein Hochofen. 12 Personen wurden getötet und 24 schwer verletzt.

London, 18. Okt. Das Luftschiff R 101 mit etwa 50 Fahrgästen an Bord fuhr um 8.15 Uhr vormittags zu einem neuen Probeflug, der 9 Stunden dauern soll, von Cardington ab. Das Wetter war ruhig. Unter den Fahrgästen befindet sich der Luftfahrtminister Lord Thomson.

London, 18. Okt. Wie aus Rom berichtet wird, hat die italienische Regierung bei der französischen Regierung diplomatische Schritte unternommen, um eine italienisch-französische Verständigung in der Seeabrüstungsfrage vor Beginn der Flotten-Konferenz in London herbeizuführen. Die italienische Regierung scheint hiernach den Wunsch zu haben, sich hinter dem Rücken der Engländer und Amerikaner mit Frankreich in der Flottenfrage in Uebereinstimmung zu setzen, um auf der Seeabrüstungskonferenz in London der englisch-amerikanischen eine italienisch-französische Front entgegenzustellen.

Bardò, 18. Okt. Ein großer Baggerkahn, der sich im Schlepptau eines kleinen Dampfers befand, ist gestern während eines schweren Sturmes gesunken. Von der Besatzung konnte nur einer gerettet werden, sieben Mann sind ertrunken.

Newyork, 18. Okt. Die Untersuchungen in der gestern gemeldeten Alkoholschmuggelangelegenheit führten zu überraschenden Ergebnissen. Wie verlautet, hat man zwei Bücher gefunden, aus denen hervorzugehen scheint, daß sieben Banken New-Yersey, Mitglieder der Küstenwachmannschaften, Staatsanwälte und die Ortspolizei von New-Yersey in die Sache verwickelt sind. Nach den Büchern hat die Schmuggelorganisation binnen 6 Monaten 2 Millionen Dollar verdient, von denen die Leiter 23 Prozent unter sich verteilt haben.

Newyork, 18. Okt. Die Polizei teilt mit, daß bewaffnete Räuber einen Panzerkraftwagen mit 63000 Dollar Inhalt am unteren Broadway gestohlen haben. Der Wagen wurde wiedergefunden, doch werden die Einzelheiten des Diebstahls während der Untersuchung geheimgehalten.

Washington, 18. Okt. Präsident Hoover gab die Ernennung Stimsons als Chef der Delegation zur Londoner Konferenz bekannt. Außer Stimson werden 4—5 Zivildelegierte, darunter auch Senatoren, an der Konferenz teilnehmen. Die Admirale Jones und Pratt werden an der Konferenz als Sachverständige und nicht als Delegierte teilnehmen.

Die Stuttgarter Wasserversorgung.

Stuttgart, 18. Okt. In der heutigen Sitzung des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses des Landtags fragte vor Eintritt in die Tagesordnung ein Mitglied der Bürgerpartei den Staatspräsidenten, wann die Fragen der Stuttgarter Wasserversorgung behandelt werden können. Staatspräsident Dr. Bolz erwiderte, daß von der Stadt Stuttgart und von der Landeswasserversorgung Projekte ausgearbeitet seien. Zur Prüfung dieser Projekte sei eine technische Kommission eingesetzt. Von dem Ergebnis dieser Prüfungen habe die Regierung noch keine Mitteilungen. Der Staatspräsident sprach die Hoffnung aus, daß man auf dem Wege der Vereinbarung zu einer gütlichen Lösung kommen werde. Ueber eine Eingabe aus Oberdorf am Ipf, in der Beschwerde geführt wird wegen Bestätigung des dortigen Schultheißen, ging der Ausschuß zur Tagesordnung über. Sodann gab der Abgeordnete Küchle (Ztr.) als Berichterstatter für die Gemeindeordnung noch Anträge bekannt, die für die dritte Lesung der Gemeindeordnung von ihm eingebracht würden.

Kein Flugwetter in Friedrichshafen.

Friedrichshafen, 18. Okt. Wegen der zur Zeit herrschenden trüben und nebligen Witterung ist die für den morgigen Samstag in Aussicht genommene neue Schweizerfahrt des „Graf Zeppelin" bereits heute vom Programm abgesetzt worden. Die nächste Fahrt, die das Luftschiff unternehmen wird, ist diejenige am Sonntag nach Stuttgart bezw. Böblingen. Das Luftschiff wird etwa um 9 Uhr in Friedrichshafen aufsteigen. Das wenig Sicht bietende neblige Wetter im Bodenseegebiet hat auch dazu geführt, daß der für heute nachmittag in Aussicht genommene Flug des Do. X mit etwa 150 Passagieren an Bord unterbleiben mußte. Falls die Wetterverhältnisse eine günstige Wendung erfahren, wird der Flug morgen zur Ausführung kommen.

„Graf Zeppelin" wird am kommenden Dienstag oder Mittwoch eine Spanienreise unternehmen und dabei die Weltausstellung in Barcelona besuchen. Man rechnet mit einer Gesamtdauer der Fahrt von 36 bis 40 Stunden. Der Weg geht über Barcelona entlang der spanischen Küste. Der Fahrpreis ist vom Luftschiffbau auf 1200 RM. festgesetzt worden.

Das Urteil im Dresdener Landfriedensbruchprozeß.

Dresden, 18. Okt. Nach dreitägiger Verhandlung im Dresdener Landfriedensbruchprozeß verkündete das gemeinsame Schöffengericht Dresden heute kurz vor 15 Uhr folgendes Urteil: Es werden verurteilt der 21 Jahre alte Arbeiter Ernst Gottlob Altmann aus Dresden wegen schweren Aufruhrs und Körperverletzung zu 7 Monaten Gefängnis; der 22 Jahre alte Maurer Hugo Max Friedel aus Bautzen wegen einfachen Aufruhrs zu 6 Monaten Gefängnis, die 27 Jahre alte Arbeiterin Antonie Frieda geschiedene Häusler geborene Wickleder aus Dresden wegen schweren Aufruhrs, Körperverletzung und Beamtenbeleidigung zu 6 Monaten einer Woche Gefängnis, der 28 Jahre alte Arbeiter Albert Helmut Seiberl aus Dresden und der 36 Jahre alte Arbeiter Willy Stannek aus Dresden sowie Altmann wurden, soweit sie wegen der Zugehörigkeit zu einer verbotenen Organisation nach dem Gesetz vom 22. März 1921 angeklagt waren, unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse freigesprochen. Es handelte sich um die schweren Ausschreitungen Erwerbsloser, die sich nach einer kommunistischen Demonstration anläßlich einer Stadtverordnetensitzung am Abend des 12. September auf dem Bönisch-Platz abgespielt hatten. Alle Angeklagten wurden aus der Haft entlassen.

Amtsenthebung des Regierungsrats Bierbach-Düsseldorf.

Berlin, 18. Okt. Zu den Pressemeldungen über den Fall des Regierungsrats Johannes Bierbach-Düsseldorf teilt der amtliche preußische Pressedienst folgenden Beschluß des preußischen Innenministers und des Finanzministers mit: Gegen den Regierungsrat Johannes Bierbach-Düsseldorf, der hinreichend verdächtig erscheint, die ihm durch sein Amt auferlegten Pflichten dadurch verletzt zu haben, daß er sich agitatorisch, so durch Unterzeichnung eines in Nummer 321 der „Düsseldorfer Nachrichten" veröffentlichten verhetzenden Aufrufes zugunsten des Volksbegehrens „Freiheitsgesetz" betätigt hat, obwohl dieses in seinem § 4 den Herrn Reichskanzler und die Herren Reichsminister als Personen bezeichnet, die das Verbrechen des Landesverrates zu begehen gewillt seien, und vor deren Beginn sich das deutsche Volk nur durch Zuchthausstrafen schützen könne, wird auf Grund der §§ 2 und 23 des Gesetzes betreffend die Vergehen der nichtrichterlichen Beamten vom 21. Juli 1852 Gesetzessammlung Seite 465 das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amte eingeleitet. Gleichzeitig wird auf Grund des § 60 des Disziplinargesetzes die sofortige Suspentation des Angeschuldigten von seinem Amt verfügt.

Empfänge beim Reichspräsidenten.

Berlin, 18. Okt. Beim Reichspräsidenten v. Hindenburg fand heute vormittag eine Reihe von wichtigen Empfängen statt. Zuerst erschien der Reichskanzler und nach ihm der Reichsernährungsminister Dietrich zum Vortrag. Ihnen folgte der Besuch des zurzeit in Berlin weilenden österreichischen Justizministers Dr. Slama, der in Begleitung des Gesandten Dr. Frank erschien. Hernach empfing der Reichspräsident den deutschen Botschafter in Moskau, Dr. von Dirksen. Durch diese rege politische Betätigung des Reichspräsidenten wird den gestern vor allem in Breslau umlaufenden Gerüchten die Spitze abgebrochen, daß ihn ein schwerer Schlaganfall getroffen habe. Hindenburg befindet sich vielmehr bei bester Gesundheit.

Der Reichspräsident gegen den § 4 des Volksbegehrens.

Berlin, 18. Okt. Im Laufe des heutigen Vortrags des Reichskanzlers nahm der Herr Reichspräsident Gelegenheit, den § 4 des Volksbegehrens, welcher Reichskanzler und Reichsminister, die den Youngplan oder ähnliche Verträge abschließen, unter die Anklage des Landesverrats stellt, als einen unsachlichen und persönlichen politischen Angriff zu bezeichnen, den er bedauere und verurteile. Der Herr Reichspräsident ersuchte den Herrn Reichskanzler, hiervon den Mitgliedern des Reichskabinetts Kenntnis zu geben.

Berlin, 18. Okt. Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: „Zu der amtlichen Veröffentlichung über die Aeußerung des Herrn Reichspräsidenten zum § 4 des deutschen Volksbegehrens wird der deutschnationalen Pressestelle von zuständiger Seite erklärt: Der Reichskanzler hat den Herrn Reichspräsidenten über Inhalt, Bedeutung und Wirkung des § 4 offensichtlich falsch unterrichtet. 1. Der § 4 bezieht sich nicht auf die Vergangenheit, sondern auf die Zukunft. Der § 4 soll für künftige Fälle verhindern, daß Reichskanzler und Minister Verträge mit dem Ausland unterzeichnen, die auf der Kriegsschuldlüge beruhen. 3. Der § 4 will vor allem verhindern, daß die Minister des Reiches künftighin durch Vorgriffe in Verträgen der Entscheidung des Reichstages vorgreifen, wie das in Locarno trotz telegraphischen Einspruch des Kabinetts geschehen ist. 4. Der § 4 stellt nicht Minister unter Strafe, die die bisherigen Verträge abgeschlossen haben. 5. Dieser Inhalt des § 4 ist in der Oeffentlichkeit wiederholt in dieser Form eindeutig dargelegt, insbesondere ist sofort nach dem Aufruf der Reichsregierung die willkürliche Auslegung des § 4 durch die Regierung zurückgewiesen worden. Dr. Hugenberg wird in seiner Rede am 19. Oktober in Karlsruhe auf die unerhörte Irreführung, der der Herr Reichspräsident ausgesetzt wurde, eingehen."

Berlin, 18. Okt. Gegenüber der Mitteilung der Pressestelle der D.N.V.P., die sich gegen die Behauptung wendet, daß § 4 des Volksbegehrens jeden Minister oder Bevollmächtigten für den Abschluß des Youngvertrages oder ähnlicher Abmachungen wegen Landesverrats bestrafen solle, wird einer amtlichen Meldung zufolge von zuständiger Seite festgestellt, daß § 4 des Volksbegehrens in Verbindung mit dessen § 3 den Abschluß aller Verträge, die Reparationsverpflichtungen enthalten, schon jetzt als landesverräterische Handlung brandmarkt, wenn auch selbstverständlich, wie bei jedem Strafgesetz, eine strafrechtliche Verfolgung im Einzelfalle erst für die nach dem Inkrafttreten dieses Strafgesetzes begangenen Handlungen eintreten kann. Insbesondere wird in § 3 die Zustimmung zum Youngplan als landesverräterische Handlung hingestellt und damit gegen die Reichsregierung der Vorwurf erhoben, daß sie sich einer nach Auffassung der Antragsteller mit Zuchthaus zu bestrafenden Tat schuldig mache. Jeder, der für das Volksbegehren eintritt macht sich diesen Vorwurf zu eigen und beteiligt sich an dem „unsachlichen und persönlichen politischen Angriff", den der Herr Reichspräsident in seiner Ansprache an den Reichskanzler bedauert und verurteilt hat."

Polen erstrebt Großmacht-Stellung.

Berlin, 19. Okt. Polen, das bis vor kurzem nur in Paris und im Vatikan durch Botschafter vertreten war, hat es bekanntlich erreicht, daß nach Rom und Washington jetzt auch London die Umwandlung seiner Gesandtschaft in eine Botschaft verfügt hat. Das nächste Ziel der Warschauer Regierung ist es, die damit bekundete Anerkennung als Großmacht nun auch von Sowjetrußland und Deutschland zu erlangen. Die Angelegenheit ist nicht zuletzt auch eine Kostenfrage und eben deshalb hat Deutschland im vorigen Jahre darauf verzichtet, einem gleichen Wunsche der lateinamerikanischen Staaten zu entsprechen. Bei dem Nachbarstaat Polen spielen in erster Linie politische Erwägungen mit. Die Errichtung einer deutschen Botschaft in Warschau würde in Berlin vermutlich erst dann ernstlich in Erwägung gezogen werden, wenn die immer noch schwebenden deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zu einem Abschluß gelangt sind.

Eine Antwort des Reichskanzlers an die deutschnationale Reichstagsfraktion.

Berlin, 18. Okt. Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat am 18. Oktober ein an den Reichskanzler gerichtetes Schreiben vom 16. Oktober von sich aus veröffentlicht. Auf dieses Schreiben hat der Reichskanzler nachstehende Antwort erteilt: Eine Nachprüfung der von der „Reichsregierung" erklärten Zustimmung zu dem Verbot des Stahlhelms durch den Herrn preußischen Minister des Innern kommt nicht in Frage. Vorab bemerke ich, daß Ihre Auffassung rechtsirrtümlich ist, wonach im vorliegenden Fall unter „Reichsregierung" die Gesamtheit der Reichsminister zu verstehen sei. Wo in der Reichsverfassung und in Gesetzen von „Reichsregierung" gesprochen wird, ist nur in Ausnahmefällen das Gesamtkabinett gemeint. Ueberwiegend bezeichnet die Reichsverfassung den jeweils zuständigen Ressortminister mit Reichsregierung. Vergleiche die Entscheidung des Reichsgerichts für Strafsachen vom 14. 11. 1924, abgedruckt in der amtlichen Sammlung Band 58 Seite 40 übereinstimmend Triepel, Archiv für öffentliches Recht, Band 39, Seite 480. Ein Beschluß des Gesamtkabinetts war sonach nicht erforderlich. Auch in früheren Fällen, so bei dem Verbot der Ortsgruppe Elmshorn des Bundes Werwolf vom 19. 3. 1926, der Olympia vom 28. 7. 1926, des Wicking und des Jung-Wicking vom gleichen Datum, der Ortsgruppe Hindenburg des Roten Frontkämpferbundes vom 25. 8. 1926, der Kreisgruppe Grottkau des Stahlhelms vom 9. 12. 1926, der Ortsgruppe Falkenburg des Roten Frontkämpferbundes einschließlich der Roten Jungfront vom 8. 1. 1928, bei denen die Reichsminister Külz und v. Keudell mitgewirkt haben, ist ebenso verfahren worden. Ich darf ferner darauf hinweisen, daß beim diesjährigen Verbot des Roten Frontkämpferbundes nach den gleichen Grundsätzen verfahren worden ist. Der Reichsminister des Innern hat also auf

---

Herrenalber Schnurre vom „Neuen". Der Fritz kommt vom „Neuen" stark angesäuselt nach Haus und erzählt seiner Frau, wie sehr ihm der „Neue" geschmeckt habe: „O der isch gut gwe!" Sie darauf: „Und mir hascht kein mitbracht!" „O jo, heimbracht han i viel, awer trinke kannscht en nimme!"

Die beste Reklame ist u. bleibt das
Zeitungsinserat

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Grund des in Theorie und Praxis anerkannten Rechtszustandes gehandelt. Meine Zustimmung als die des für die Bestimmung der Richtlinien der Politik zuständigen Reichskanzlers hat er vorher eingeholt. Darüber hinaus hat der Reichsminister des Innern auch die Zustimmung des Auswärtigen Amts eingeholt und seine Entscheidung erst getroffen, nachdem vom Auswärtigen Amt keine Bedenken geäußert worden sind. In der Sache selbst beziehe ich mich auf die Begründung, die der für das Verbot zuständige preußische Minister des Innern diesem Verbot schriftlich und mündlich im preußischen Landtag in der Sitzung vom 16. 10. gegeben hat. Die Geländespiele des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold tragen, wie dies der politischen Einstellung des Reichsbanners entspricht, keinen militärischen Charakter.

Der Reichspräsident zum Stapellauf des Kreuzers „Leipzig".

Berlin, 18. Okt. Der Reichswehrminister Gröner richtete soeben aus Wilhelmshaven folgende telegraphische Meldung an den Reichspräsidenten: „Kreuzer „Leipzig" in Anwesenheit der Ehrengäste, unter ihnen acht Ueberlebende der im heldenmütigen Kampf bei den Falklandsinseln gefallenen alten „Leipzig"-Besatzung, auf Marinewerft soeben glücklich vom Stapel gelaufen." Der Herr Reichspräsident erwiderte darauf: „Für die Meldung vom glücklich erfolgten Stapellauf dankend, wünsche ich dem neuen Kreuzer E, der den Namen des im heldenmütigen Kampf bei den Falklandinseln am 8. 12. 1914 gesunkenen Kreuzer „Leipzig" trägt und dadurch das Gedenken an dieses tapfere Schiff und die mit ihm untergegangenen braven Kameraden lebendig erhalten wird, allezeit glückliche Fahrt. Möge die neue „Leipzig" in treuer Pflichterfüllung der alten nacheifern. gez. von Hindenburg, Reichspräsident."

Ludendorff gegen das Volksbegehren.

Berlin, 18. Okt. Die Hamburgische deutschnationale Wochenschrift klagt in ihrer heutigen „Volksbegehren-Sondernummer" darüber, daß Ludendorff seinen Tannenbergbund veranlaßt hat, beim Volksbegehren beiseite zu stehen. Sie schreibt: „Wir fragen uns verzweifelt, was diesen großdenkenden Mann veranlaßt hat, eine solche Entscheidung zu fällen, die ihn mit schwerer Schuld belegt. Kann er diese ungeheure Verantwortung tragen? Wir bringen die Worte schwer über die Lippen, aber es muß gesagt werden: Wir werden irre an Ludendorff, wir fühlen uns von ihm verlassen in diesem Kampf um die Freiheit."

Großer Geldschrankeinbruch in Berlin. — 140 000 Mark Beute.

Berlin, 18. Okt. In der vergangenen Nacht drangen Geldschrankeinbrecher in die Geschäftsräume der Baufirma Boswau u. Knauer in der Mohrenstraße ein. Die Verbrecher schweißten einen älteren Arnheim, der im Lohnbüro stand, kunstgerecht auf, nahmen die für die Lohnzahlung am Freitag bereitgestellten Lohntüten heraus und stiegen damit, wahrscheinlich, weil das Zimmer durch die Schweißarbeit erstickend heiß war, ein Stockwerk tiefer in ein Zimmer, wo sie in aller Ruhe am Tisch Platz nahmen. Die Lohntüten wurden aufgerissen und das Papiergeld herausgenommen. Hartgeld ließen sie zurück. Auch Beutel mit Silbergeld, die im Schrank standen, haben sie gar nicht berührt. Sie erbeuteten ungefähr 140 000 Mark. Nach Spuren, die man gefunden hat, scheint die Kolonne von einem Hause in der Taubenstraße, das unbewacht ist, heraufgekommen zu sein. Es ist anzunehmen, daß sie in den Morgenstunden durch das Haus in der Taubenstraße hinausgegangen sind. Ihr wertvollstes Werkzeug haben sie mitgenommen.

Aufmarschverbot für die Heimwehren in Wien.

Wien, 18. Okt. Es bestätigt sich, daß die Polizeidirektion die Anmeldung der Heimwehren zu dem Aufmarsch am 27. Oktober nicht zur Kenntnis genommen hat und zwar mit der Begründung, daß das Aufmarschverbot des Wiener Landeshauptmanns noch unverändert in Kraft stehe. Gegen diese Entscheidung ist Berufung beim Landeshauptmann von Wien eingebracht worden, die abschlägig beschieden wurde. Die Wimpelweihe der Heimwehren, die nicht unter das Aufmarschverbot fällt, wird dagegen stattfinden.

Amtsgericht Neuenbürg.

Ueber den Nachlaß des am 29. März 1929 verstorbenen

Johann Philipp Kull, gew. Bauers und Holzhändlers in **Neusatz**,

wurde am 12. Oktober 1929, vormittags 10½ Uhr, das

Konkursverfahren

eröffnet.

Konkursverwalter: Bezirksnotar Bühler in Herrenalb.

Konkursforderungen sind bis zum **1. November 1929** bei dem Gericht anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses, eventl. über die im § 132 KO. bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen **Samstag den 9. November 1929, vormittags 9 Uhr**, vor dem Amtsgericht Neuenbürg. Offener Arrest mit Anzeigepflicht 1. November 1929.

Amtsgericht Neuenbürg.

In dem Konkursverfahren

über das Vermögen des

Heinrich Meyer, Inhabers eines Gemischtwarengeschäfts in **Dobel**,

ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis bestimmt auf

Samstag den 9. November 1929, vormittags 10 Uhr.

Den 18. Oktober 1929.

Feldbereinigung II Birkenfeld.

In dem zwischen der Albtalbahn und der Kreuzstraße gelegenen Gebiet, sowie in den Gewanden „Brötzinger Kelteräcker, Mailsbrunnen und kleines Kiesfeld" wurden heute die **neuzugeteilten Grundstücke** auf dem Felde mit Namen bezeichnet.

Die betr. Parzellen sind von jetzt ab nach dem neuen Feldzustand zu benützen.

Der in die neuen Wege fallende Boden (Humus) darf nicht entfernt werden.

Birkenfeld, den 19. Oktober 1929.

Die Vollzugskommission.

Bernbach.

Die **Beifuhr** von

ca. 120 cbm Kalksteinschotter

vom **Bahnhof Herrenalb** für die Orts- und Nachbarschaftsstraßen sollen im Submissionsweg vergeben werden.

Forderungsangebote, für 1 cbm ausgedrückt, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, wollen bis **Mittwoch den 23. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr**, beim Schultheißenamt eingereicht werden, zu welcher Zeit die Eröffnung stattfindet.

Den 19. Oktober 1929. **Schultheißenamt.**

Waldrennach.

Anläßlich der Kirchweihe hält der **Fußballverein Waldrennach** am **Kirchweih-Sonntag** im Gasthaus zur „**Sonne**" eine

Herbst-Feier,

verbunden mit **Gabenverlosung** und **Tanz** ab.

Hierzu ist jedermann herzlich eingeladen. la Jazzband.

Der Ausschuß.

Calmbach.

Gasthaus zum „Goldenen Hirsch".

Sonntag und Montag

große Kirchweih-Unterhaltung.

Flotte Tanzmusik.

Schlachtfest. Prima neue Weine.

Herzlich ladet ein **Gg. Ilg und Frau.**

Dennach.

Sonntag und Montag findet zur Feier der Kirchweihe

Tanzunterhaltung

statt, wozu höflichst einladet

Wilhelm Pfrommer z. „Pflug".

Konditorei-

Café Möhrle, Neuenbürg

Ueber die Kirchweihe

Neuen süßen Gaubickelheimer und Markgräfler.

Trefzger

MÖBEL

Wir bitten um Ihren Besuch

in unserer Verkaufsstelle

Pforzheim

Schloßberg 19

Verblüffend billige Angebote in erstklassigen Waren werden Sie rasch von unserer **Leistungsfähigkeit** überzeugen

---

Birkenfeld, 19. Okt. 1929.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe, gute, treubesorgte Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Friederike Oelschläger,

geb. Bohlinger,

nach schwerem mit Geduld ertragenem Leiden im Alter von 60 Jahren Donnerstag nachmittag ½6 Uhr im Bezirkskrankenhaus Neuenbürg sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie **Fritz Oelschläger**,
„ **Christian Oelschläger**,
„ **Wilhelm Jourdan**,
Helene Oelschläger.

Die Beerdigung findet am Sonntag den 20. Oktober, nachmittags 3 Uhr, statt.

---

2 Sitzer Opel

in tadellosem Zustand, bis Dezember 1929 versteuert, gänzlich neu bereift, zu

RM. 1150.—

zu verkaufen.

Autohaus Rösch, Pforzheim, Westliche 173-181, Telefon No. 3370.

Aerztlicher Sonntagsdienst

am 20. Oktober 1929:

Dr. med. Scholz, Ellmendingen,

Telefon Nr. 17 Ellmendingen oder Unfallmeldestelle Neuenbürg.

Bezirks-Konsumverein

Neuenbürg (Württ.)

E. G. m. b. H.

Wir laden unsere Mitglieder zu der am

Sonntag den 27. Okt. 1929, nachmittags 2 Uhr,

in der städt. Turnhalle in **Neuenbürg** stattfindenden

ordentl. Generalversammlung

hiermit freundlichst ein. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Genehmigung der Bilanz und Beschlußfassung über Bilanzverlust.
3. Statutenänderung von § 20 des Statuts.
4. Neuwahl von Vorstand und Aufsichtsrat.
5. Beratung evtl. gestellter Anträge.

Anträge von Seiten der Genossenschafter, die zur Beratung gestellt werden sollen, müssen mindestens drei Tage vor der Generalversammlung beim Vorsitzenden des Aufsichtsrats schriftlich gestellt werden.

Die Bilanz liegt zur Einsichtnahme durch die Mitglieder in unserem Geschäftszimmer auf.

Neuenbürg, den 19. Oktober 1929.

Der Aufsichtsrat:

Rob. Güttinger, Vorsitzender.

Neuenbürg. **Schloß-Café.** Neuenbürg.

Am **Kirchweih-Sonntag** von 4 Uhr ab

Großes Konzert

(Kapelle Herzog).

Es ladet höfl. ein **Café Mayer.**

Knochenkrankheiten

verhütet sicher „Obeson" ● Stark vitaminhaltige Vieh-Emulsion aus geprüftem Dorschlebertran! ● Wirkt verblüffend schnell ● Keine Kümmerlinge mehr ● Erstaunliche Freßlust und Schnellwüchsigkeit ● Glänzend bewährt beim Geflügel – viele Wintereier ● Unseren „Ratgeber" mit ausführlichen Fütterungs-Anweisungen erhalten Sie gratis in unseren Niederlagen oder direkt von

M. Brockmann Chem. Fabr. m. b. H., Leipzig-Eutritzsch

Zu haben: In **Höfen** bei: Hermann Binder, Mehlhandlung. In **Langenbrand** bei: Ludwig Stauch, Emil Wurster's Nachfolger, Gemischtwaren. In **Herrenalb** bei: Wilhelm König, Inh. W. Löcher, Kolonialwaren.

Neuenbürg.

Heute eintreffend:

Neuer süßer Gaubickelheimer

(weiß),

neuer süßer Lauffener (rot).

Bestellungen nimmt entgegen

Albert Vester.

Die bestbekannten, neuzeitlichen

Nähmaschinen

Haid & Neu, Karlsruhe, für alle Arbeiten, vor- und rückwärts, in allen Stilausführungen, mit Kasten oder versenkbar, bei angenehmer, geringer Teilzahlung empfiehlt vom Lager **Karl B. Kindl**, mechan. Werkstätte, **Gräfenhausen.** Reparaturen aller Nähmaschinen billigst und fachmännisch.

Birkenfeld.

Winter-Aepfel und Birnen

abzugeben. Ztr. 7.— Mk.

Götheſtraße 19.

Patentbüro
KOCH & BAUER
STUTTGART-KÖNIGSTR. 4

Karl Förschler, Birkenfeld

Lederfett und Wagenfett.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Eine Rekordleistung der Billigkeit!

Handschuhe

- **Damen-Handschuhe** Trikot, besonders billig, grau und braun **65 ₰**
- **Damen-Handschuhe** Trikot, mit halbem Futter, grau und braun . **85 ₰**
- **Damen-Handschuhe** Trikot, mass gerippt, grau und braun . **75 ₰**
- **Damen-Handschuhe** Trikot, mit halb. Seidenfutter, grau u. braun **95 ₰**
- **Damen-Handschuhe** Trikot, mit Wollfutter, schwarz . **95 ₰**
- **Damen-Handschuhe** feine Strickart, grau und beige . . **1.35**
- **Damen-Handschuhe** Lederimitation, grau und braun . . **1.25**
- **Damen-Handschuhe** Trikot, mit Plüschfutter, grau und braun . . **1.25**
- **Damen-Handschuhe** gestrickt, mit Strickfutter grau und braun . **1.35**
- **Damen-Handschuhe** Trikot, mit farbigem Futter, grau und braun . **1.45**

Trikotagen

- **H'-Unterjacken** maccofarbig, mit ½ Arm . . . . . 1.10, **95 ₰**
- **H'-Unterhosen** gestrickt, gut verstärkt 1.95, 1.65, **1.45**
- **H'-Normalhosen** wollgemischt, gute Strapazier-Qualität 2.25, 1.95, **1.45**
- **H'-Unterhosen** garantiert wollgem. extra warme Winterware . . . 2.95, **2.55**
- **H'-Plüschunterjacken** m. kräftiger Maccodecke 4.65, **3.75**
- **H'-Maccohosen** mit erstklassiger Plüschfütterung 4.45, **3.95**
- **D'-Hemdhosen** fein gestrickt, weiß und farbig . . . . . 1.45, **85 ₰**
- **D'-Schlüpfer** leicht angerauht . . . . . 1.25, **95 ₰**
- **D'Untertailien** gestrickt, ohne Arm 1.45, **1.25**
- **D'-Schlüpfer** gut gerauhtes Futter 1.95, **1.75**

Strümpfe

- **Damen-Strümpfe** Baumwolle gewebt schwarz und farbig . . **30 ₰**
- **Damen-Strümpfe** Macco Stück mit Doppelsohle und Hochferse . **65 ₰**
- **Damen-Strümpfe** Ia. Macco, sehr solide Qualitäten . . . 1.15, 1.45, **95 ₰**
- **Damen-Strümpfe** Ia. Seidenflor schöner kräft. Gewebe . 1.75, 1.45, **95 ₰**
- **Damen-Strümpfe** reine Wolle mit Doppelsohle und Hochferse . . . **1.95**
- **Damen-Strümpfe** Wolle mit Seide, bes. preiswert . . **2.75**
- **Frauen-Strümpfe** Baumwolle 1:1 gestrickt farbig . **95 ₰**
- **Frauen-Strümpfe** Ia. Macco 1:1 gestrickt, schwarz . **1.75**
- **Herren-Socken** reine Wolle 2:2 gestrickt, grau . **90 ₰**
- **Herren-Socken** reine Wolle 2:2 gestrickt, bes. kräftig . . . 2.45, **1.75**

Damen-Wäsche

- **D'-Trägerhemden** bestes Wäschetuch, Stickereimotive u. Klöppelspitzen 1.75, 1.45, **95 ₰**
- **D'-Achselschlußhemden** aus fest. Wäschetuch, mit feiner Glanzstickerei 2.95, 1.95 **1.75**
- **Damen-Hemden** extra weit, für starke Damen, mit Träger oder Achsel, extra billig 2.95, **2.25**
- **D'-Achselschlußhemden** aus ka. Halbflanell, mit Stickerei 3.95, 3.50, **2.95**
- **D'-Nachthemden** langer Arm, prima Wäschetuch, mit farb. Besatz o. Klöppelspitzen 5.75, 4.95, **4.75**
- **D'-Nachthemden** mit langem Arm, aus bestem Halbflanell, festoniert o. Stickerei 8.90, 7.50, **6.95**
- **Untertailien** aus prima Wäschetuch, mit Klöppelspitzen od. Valenciennes-Spitzen . . 2.45, 1.90, **95 ₰**
- **Schlupfhosen** a. prima Maccotrikot, warm gefüttert, großes Farbensortiment 2.50, 1.95, **1.45**
- **Prinzeßröcke** mit Träger od. Achsel aus Ia. Wäschetuch, mit Stickerei, Klöppel- o. Val.-Spitz. 3.95, 2.90, **1.75**
- **Unterkleider** Seiden- o. Maccotrikot mit angerauht. Futter, in allen Farben 3.95, 3.50, **2.95**

Wollwaren

- **Damen-Pullover** in großer Auswahl extra billig 5.95, **5.75**
- **Damen-Westen** reine Wolle, fabelhaft billig 6.50, **5.95**
- **Damen-Strickkleider** hübsche Farben, enorm billig **9.95**
- **Herren-Pullover** reine Wolle, englisches Muster 6.50, **4.50**
- **Herren-Westen** gemustert, besonders preiswert **4.75**
- **Herren-Unterkittel** schwarz Wolle, plattiert 5.95, **4.95**
- **Herren-Westen** extra schwere Qualität 7.50, **6.00**
- **Kinder-Shawls** reine Wolle, enorm billig . . . . . 1.25, **95 ₰**
- **Kinder-Pullover** bunt gemustert 3.25, **2.25**
- **Kinderwesten** Wolle, plattiert, mit Kragen 3.75, **3.25**

Schürzen

- **Damen-Gummischürzen** Riesen-Auswahl . . . . . **95 ₰**
- **Damen-Jumperschürzen** Zefir uni, mit farbigem Paspel . . **95 ₰**
- **Damen-Jumperschürzen** bunter Cretonne . . . . . **95 ₰**
- **Damen-Jumperschürzen** gestreifte Siamosen **2.45**
- **Damen-Jumperschürzen** Satin, hübsche Form **2.90**
- **Damen-Jumperschürzen** gestreifte Siamosen, vollweit **3.60**
- **Damen-Jumperschürzen** Satin, schöne Verarbeitung **3.90**
- **Damen-Jumperschürzen** moderne Trachtenstoffe **3.90**
- **Damen-Berufsmäntel** weiß, Cretonne **3.90**
- **Damen-Berufsmäntel** schwarz prima Satin **5.90**

Modewaren und Besätze

- **Binde-Kragen** Crepe de Chine, mit Valenciennes u. Spachtelspitzen 1.95, 1.75 **1.50**
- **Binde-Kragen** Voile, Batist, mit Valenciennes-Spitzen verziert 1.50, 1.25 **95 ₰**
- **Shawl-Kragen** in eleganter Ausführung 2.25, 1.95 **1.75**
- **Dreieck-Shawl** Crepe de Chine, vornehme Dessins 4.50 **1.75**
- **Shawl** bunt bedruckt und bemalt 3.75, 2.95 **2.95**
- **Ein Posten Shawls** zum Auswechseln von **50 ₰**
- **Wäschespitzen** Valenciennes, bis 5 cm breit, weiß und creme . 50 **25 ₰**
- **Klöppelspitzen u. Einsätze** bis 10 cm br. für Decken u. Gard. 50, 35 **15 ₰**
- **Bunte Borden** für Blusen und Kleider, mehrfarbige bestickte Muster . . . Mtr. 75, 45 **30 ₰**
- **Spachtelspitzen** für Kragen, gerade u. runde Form, weiß und creme . Mtr. 1.35, 65 **70 ₰**
- **Wollplüsch** 10 cm breit, für Jacken und Mäntel in allen modernen Farben . . . Mtr. 1.65 **1.25**

Für die Hausschneiderei

- **5 Brief Nähnadeln** sortiert, 4—8 . . . . . zusammen **10 ₰**
- **6 Dtz. Druckknöpfe** rostfrei, weiß und schwarz . . . . **18 ₰**
- **Hahlband** weiß und schwarz . . . . . 10 m **18 ₰**
- **5 Paar Nestel** 100 cm lang . . . . . **22 ₰**
- **3 Mtr. Waschgummiband** . . . . . **25 ₰**
- **Ein großer Posten Knöpfe** Galalith und Horn . . . 5 Dtz. nur **25 ₰**
- **Perlmutterknöpfe** Ia. Qualität . . . . . Karte 50, **25 ₰**
- **Armblätter** verschiedene Qualitäten auch Seide . . . . . Paar **25 ₰**
- **Eine Partie Scheren** günstig für Schneiderinnen zum Aussuchen St. **50 ₰**
- **Sportwolle** verschiedene Farben zum Aussuchen 100 gr. **1.00**

Handarbeiten

- **Kaffeewärmer** zum Stricken, fertig . . . . . **95 ₰**
- **Knabenschürzen** verschiedene Größen . . . . . 3.50 **95 ₰**
- **Kinderröckchen** gestickt, zum Stricken **1.50**
- **Damenschürzen** Renkoff, aufgezeichnet, blau Leinen **1.90**
- **Wandschoner** für Kinderzimmer, originelle Zeichnungen **1.90**
- **Waschtisch-Garnituren** 2teilig, fertig, reich gestickt **3.95**
- **Kaffeedecken** Größe 3.30 : 1.60, hübsche Strechmuster **4.50**
- **Tischkissen** Stück aufgezeichnet, Material teil **8.95**
- **Filetdecken** für Herrenzimmer, 130, rund **16.50**
- **Wohnzimmerdecke** Stück, mit Franzen, 130 : 160 . . . . . **25.50**

KNOPF

PFORZHEIM

Schneelauf-Verein Neuenbürg.

Jahres-Versammlung
am Samstag, 26. Oktbr. 1929, abds. präz. 8½ Uhr, im Nebenzimmer des Gasthauses zum „Hirsch" in Neuenbürg.
Vorf. Effich.

Neuenbürg.
Bestellungen
auf bestes
Brechobst
bei billigstem Preis nimmt entgegen
Eugen Mahler,
Landesprodukte.

W. Gauß, Neuenbürg-Verfhdl
Herren-Einsatzhemden.

Calmbach.
Heute und morgen

Metzelsuppe,
wozu höflichst einladet
Albert Barth
zum „Bahnhof".

Sein natürlicher Instinkt
nimmt Ihnen die Sorge um die Gesundheit Ihres Lieblings. Sein und Ihr Schutz vor und bei Husten sind das seit Jahrzehnten bewährte Hausmittel Kaiser's Brust-Caramellen, deren Nährwert und Schleimlösende Wirkung sich tausendfach bewährt haben. Mehr als 15 000 Zeugnisse.
Beutel 40 Pfg. Dose 90 Pfg.
Gebrauchen deshalb auch Sie nur
Kaiser's Brust-Caramellen
mit den 3 Tannen
Zu haben in Apotheken, Drogerien und wo Plakate sichtbar

PFAFF
Nähmaschinen
Jakob Lansche,
Pforzheim, Delmlingstr. 8

Evang. Gottesdienst in Neuenbürg.
Sonntag, den 20. Oktober (Kirchweihfest).
10 Uhr Predigt (Thema: Gott will auch ohne die Kirche? Lies 60, 1). Dekan Dr. Mergenthaler.
5 Uhr Predigt: Stadtvikar Stähle.
Montag, den 21. Oktober, Bezirkskirchentag.
9 Uhr Predigt: Pfarrer Stark von Dobel.
Das Opfer ist für die Kirchenbezirkskasse bestimmt.
Mittwoch nachmittag 5—7 Uhr Anmeldung der Zuhörer im Gemeindehaus.
Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus.
In Waldrennach ist am Sonntag ½10 Uhr Gottesdienst.

Kath. Gottesdienst in Neuenbürg
am Sonntag, den 20. Oktober (Kirchweihfest.)
9 Uhr Predigt und Hochamt.
2 Uhr Andacht.
In Birkenfeld
10½ Uhr Predigt und hl. Messe

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw